



<https://biz.li/2u2p>

BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTER VERÖFFENTLICHEN RESOLUTION ZU SUEDLINK

Veröffentlicht am 20.11.2014 um 18:45 von Redaktion AltkreisBlitz

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden Barsinghausen, Garbsen, Geesbechen, Seeze, Springe, Wedemark, Wennigsen haben heute eine Resolution veröffentlicht, in der dem mit dem Erstellen der Trasse beauftragte Unternehmen TeneT Transparenz und mangelnde Fachlichkeit attestiert wird.

Die Wedemark wäre bei der Trassenalternative 091 maßgeblich in das Landschaftsbild in Rede, z.B. in der Hannoverschen Moorsiedlung, zu sein, dass wir nicht direkt informiert werden und keine Unterstützung von Zychlinski, Bürgermeister der Gemeinde Wedemark.

In der Resolution beklagen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Trassenverläufe und deren ernsthaften Inbetrachtziehung der Wedemark durch Landschafts-, Natur- und FFH-Schutzmaßnahmen. Die Gemeindeverwaltung herangezogen worden.

Die betroffenen Kommunen in den bisher angedachten Trassenvarianten, östlichen Verläufe der Stromtrasse hatten im Vorverfahren die Gelegenheit wahrnehmen können, ihre Hinweise, Anregungen und Bedenken zu äußern. Die Möglichkeit wurde aber von den Kommunen für die westliche Variante bisher nicht eingebracht.



Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden Barsinghausen, Garbsen, Gehrden, Hemmingen, Lingenhagen, Pattensen, Ronnenberg, Seeze, Springe, Wedemark, Wennigsen. Die Resolution ist besser zusammenarbeit mit TenneT / Foto: Stadt Garbsen

Die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten beklagen außerdem das wenig transparente Verfahren, das zu den nun vorliegenden Trassenvarianten geführt hat. Die Beauftragung von TenneT erfolgte unter den Prämissen "Technik", "Ökonomie" und "Ökologie" einen optimalen Vorzugskorridor einschließlich kleinräumiger Varianten zu erarbeiten. Nach Einflussnahme der Niedersächsischen Landesregierung wurde bei den westlich von Hannover gelegenen Varianten, von einer Abschichtung dieser Beurteilungskriterien abgesehen. Hier erwarten die betroffenen Kommunen eine Stellungnahme der Landesregierung zu ihrer Rolle im Prüf- und Bewertungsverfahren.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fordern in ihrer Resolution die Möglichkeit und Zeit zu bekommen zu den vorgestellten Trassenvarianten fachlich fundiert Stellung nehmen zu können, und dass diese Stellungnahmen mit dem Antrag der Bundesnetzagentur vorgelegt werden und im weiteren Verfahren in die Entscheidungsfindung des Trassenverlaufes mit einfließen.